

Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 02.02.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 17:25 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Wulf-Dieter Stolz

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Berendine Bamminger
Ratsherr Walter Davids
Ratsherr Jürgen Heinks
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Ihno Slieter

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz für Ratsherrn Kurt Hannappel
Beigeordneter Heinz Werner Janßen für Ratsherrn Benedikt Rosenboom
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Meinhard Meißner

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz – Vorsitzender –

Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz, Verwaltungsvorstand
Stadtamtsrat Hartmut Veldkamp, 114
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführerin

Von den Organisationseinheiten

836 = B Rettungsdienst Stadt Emden, Herr Harald Wiers
856 = B Chem. Untersuchungsamt, Herr Rolf Hertwig
856 = B Chem. Untersuchungsamt, Frau Elke Sawall
882 = B Nordseehalle, Herr Hans-Jürgen Janssen

Gäste

Rettungsdienst (RKSH), Herr Holger Rodiek (ab 17.10 Uhr)
2 Vertreter der örtlichen Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stolz begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 02.02.2004

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 29.10.2003

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 29.10.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Einwohner haben an der Sitzung nicht teilgenommen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/875-00
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Herr Lutz entschuldigt Herrn Wübbena vom Reinigungsdienst und Herrn Teeten von der AAGE. Die Einladung an die AAGE war dort im Hause an Herrn Kuhlmann gegangen, der nicht mehr für die AAGE tätig sei. Er habe sich aber bezüglich des TOP 7 mit Herrn Teeten abgestimmt.

Er schlägt vor, den TOP 5 zusammen mit dem TOP 6 zu behandeln.

- | | |
|---------------------------|---------------------|
| a) Rechnungsprüfungsamt | keine Wortmeldungen |
| b) Rettungsdienst | keine Wortmeldungen |
| c) Chem. Untersuchungsamt | keine Wortmeldungen |
| d) Gebäudereinigung | |

Herr Lutz führt aus, die Gebäudereinigung werde dieses Jahr das erste Mal mit Echtgeld bezahlt. Es würden ständig Preisvergleiche laufen. Da durch die Reinigung in Eigenregie auch ein sozialer Zweck erfüllt werde, habe man natürlich einen 2 bis 3 %-igen Aufschlag. Man müsse sehen, wie man sich mit einem privaten Dienstleister noch besser vergleichbar machen könne. Seines Erachtens sei man hier auf dem richtigen Weg.

- | | |
|-----------------|---------------------|
| e) Nordseehalle | keine Wortmeldungen |
|-----------------|---------------------|

Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 02.02.2004

Punkt : 6 Vorlage 14/877-00
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007

siehe Punkt 5

Dem Rat der Stadt Emden wird folgender Beschluss empfohlen:

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007.

Ergebnis: Einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 7 Vorlage 14/1011-00
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2002 der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft mbH (AAGE)

Herr H. W. Janßen fragt an, ob es beabsichtigt sei, bei der AAGE in Zukunft die Kosten des Steuerberaters einzusparen.

Herr Lutz entgegnet, bei jeder Gesellschaft müsse ein Jahresabschluss gemacht werden, der auch vom Finanzamt anerkannt werde. Daher sei der Geschäftsführer auf einen Steuerberater angewiesen, der den Jahresabschluss vorbereite. Aus diesem Grund werde man nicht darauf verzichten können.

Herr Dr. Beisser vermisst für die Zukunftsplanung der AAGE die Einbeziehung des Ökowerkes für das Jahr 2004.

Herr Lutz erklärt, momentan würden die Verhandlungen über die Zukunft des Ökowerkes laufen. In der letzten Woche habe man Gespräche mit Bewerbern geführt, die vom Arbeitsamt vorgeschlagen wurden. Die ausgewählte Person werde in Zukunft das Ökowerk führen. Die AAGE werde dieses nur zeitlich befristet tun, bis man einen Träger gefunden habe, bei dem der Förderverband stärker eingebunden werden könne. Ziel sei es, dass der Förderverband das Ökowerk tragen solle. Man sei auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen. Im Haushalt sind 130.000 € als Zuschuss für das Ökowerk ausgewiesen. Das Budget im Ökowerk werde sich allein auf 250.000 € belaufen. Der Wirtschaftsplan sei noch nicht erstellt, aber derzeit in Arbeit.

Die Mitarbeiter der AAGE seien bisher alle in der Hilfe zur Arbeit beschäftigt. Wegen einer Gesetzesänderung werde das zukünftig nicht mehr der Fall sein. Man hoffe, dass man für eine gewisse Zeit ein interessantes Standbein für die AAGE geschaffen habe. Im diesem Jahr werden man sich überlegen müssen, was die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe für Auswirkungen habe.

Herr Kalkuhl fragt an, warum bei der AAGE manche Verrechnungen wie z. B. bei der Kunsthalle nicht gemacht wurden.

Herr Lutz erklärt, diese Absicht verfolge man nunmehr. Die AAGE solle – bevor sie eine Leistung erbringe – die Kosten benennen. Bislang sei dieses nicht geschehen. Man konnte bei Auftragserteilung nicht sagen, was die Leistung kosten werde. Das wolle man nun ändern. Bei der Kunsthalle wurde dieses versäumt.

Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 02.02.2004

Herr H. W. Janßen fragt an, warum die AAGE die Sperrgutabfuhr nicht organisatorisch übernehmen könne. Die Anfrage der CDU sei bisher ohne Antwort geblieben.

Herr Lutz bittet darum, die Frage durch das Protokoll beantworten zu können.

Anmerkung der Protokollführung:

Die AAGE ist in die Sperrmüllentsorgung eingebunden. Mit einem Pritschenwagen fährt sie die Sperrmüllstandorte an, sammelt Metallschrott ein und veräußert ihn auf eigene Rechnung. Die Wirtschaftlichkeitsprüfung hat ergeben, dass eine weitere Beteiligung der AAGE derzeit nicht sinnvoll erscheint.

Herr Heinks erkundigt sich, da zu den bisherigen Aufgaben der AAGE der Abriss des Gulfhofes gehörte, ob nun auch in der mittelfristigen Planung der Wiederaufbau des Gulfhofes durch die AAGE angedacht sei.

Herr Lutz entgegnet, bei der AAGE sei diese Frage nicht passend, denn die AAGE sei nur der Auftragnehmer. Diejenigen, die den Auftrag ausführten, seien momentan in dem Gebäude Brückstraße 92 tätig. Die Arbeiter werden immer wieder ersetzt durch Personen, die an die Arbeit herangeführt werden sollen. Es gebe einen mittelfristigen Finanzplan und keinen Topf „Gulfhof“. Er werde diese Frage weitergeben an Herrn Röttgers, da es sich hier um eine Angelegenheit der Stadtplanung handele.

Herr Bongartz greift noch einmal die Frage der Sperrgutabfuhr auf. Es sei bekannt, dass im Bereich der Müllabfuhr die Sperrgutabfuhr stark defizitär sei. Er warte nunmehr seit fast einem Jahr auf die Beantwortung der damalige Anfrage. Er könne sich vorstellen, dass sich die AAGE durch die Abfuhr des Sperrmülls ein wirtschaftliches Standbein schaffen und dadurch dauerhaft existieren könne. Er bitte noch einmal mit Nachdruck um Prüfung.

Herr Lutz sagt eine Prüfung zu. Zurzeit werde überlegt, wie man mit der Sperrgutentsorgung zukünftig weiterverfahre werde. Bei einer Diskussion werde man den Punkt „Einbringung der AAGE“ berücksichtigen. Man dürfe aber nicht vergessen, dass das Wegfahren des Sperrguts ein Kostenfaktor sei, den man sicherlich durch den Einsatz von BSHG-Kräften günstiger machen könne. Man müsse jedoch auch die endgültige Entsorgung des Abfalls berücksichtigen.

Herr Ammersken bezieht sich erneut auf die Frage von Herrn Kalkkuhl und fragt an, ob noch mehr ausstehende Rechnungen vorliegen würden.

Herr Lutz erwidert, ob es noch offene Rechnungen geben würde, könne er nicht sagen. Man habe am Anfang versäumt, die Kosten aufzuführen und somit den Eindruck erweckt, die Leistungen würden kostenlos erbracht. Das müsse sich in Zukunft ändern, da die Kostenrechnung konsequent durchgezogen werde.

Weiter führt er aus, die AAGE sei nicht auf dem Markt tätig und nehme anderen Unternehmen auch keine Aufträge weg. Hauptaufgabe sei es, Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt auszubilden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Betriebe am 02.02.2004

Punkt : 8 Vorlage 14/1013-00
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2002 des Vereins für Rettungsdienst, Krankentransporte und soziale Hilfsdienste e.V. (RKSH)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

keine

Punkt : 10 Anfragen

Herr Dr. Beisser erkundigt sich, wann mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2002 zu rechnen sei und wann Herr Ammermann als Leiter zum Rechnungsprüfungsamt wechseln würde. Außerdem fragt er an, ob die Stadt Emden die Nebentätigkeiten ihrer Beamten und Angestellten überprüfe und wer dieses mache.

Herr Lutz entgegnet, das Rechnungsprüfungsamt sei bestrebt, die Behandlung des Berichtes in der nächsten Sitzung am 06.05.2004 vorzunehmen. Seines Erachtens werde Herr Ammermann zum 01.03.2004 zum Rechnungsprüfungsamt wechseln. Nebentätigkeiten von Beamten und Angestellten müssten im Fachdienst 211 angezeigt werden und es sei Aufgabe des Rates, eine Überprüfung vorzunehmen.

Herr Bongartz erwidert, so könne er sich das nicht vorstellen. Die Stadt Emden genehmige die Nebentätigkeit und somit wäre auch die kontrollierende Behörde der Dienstherr und nicht der Rat. Der Rat könne höchstens den Dienstherrn kontrollieren, ob er seinen Pflichten nachkomme. In diesem Zusammenhang bitte er um eine Liste über die Anzahl der Beamten und Angestellten und die Anzahl der Nebentätigkeiten.

Herr Lutz stimmt Herrn Bongartz zu und sagt die Beantwortung der Anfrage durch den Fachdienst 211 zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Bei der Stadt Emden sind insgesamt 155 Beamte beschäftigt. Davon verfügen 13 über die Genehmigung zur Ausübung einer Nebentätigkeit. Von den 497 beschäftigten Angestellten verfügen 51 über eine Nebentätigkeitsgenehmigung. Die Zahl der bei der Stadt Emden beschäftigten Lohnempfänger beläuft sich auf 240. Hiervon verfügen 5 über eine derartige Genehmigung. In den Gesamtzahlen der jeweiligen Beschäftigungsgruppen sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten, die sich in der Elternzeit, im Sonderurlaub oder in der Passiv-Phase der Altersteilzeit befinden, da diese Personengruppen ebenfalls eine Genehmigung zur Ausübung einer Nebentätigkeit benötigen.